

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 im Kirchplatz 3.  
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
 Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A.  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### E. L. Berlin, 7. März. Deutscher Reichstag. 54. Plenar-Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Militäretat,  
 und zwar zunächst die vorgestern an die Budget-  
 kommission zurückgewiesene Position Komman-  
 dantur in Altona.

Minister v. Bismarck verweist sich gegen  
 die Auslegung seiner vorerwähnten Worte — „für  
 eine so geringe Summe von 7000 Mark denke er  
 nicht daran, das Budgetrecht des Hauses zu ver-  
 legen“ —, als habe er überhaupt die Absicht, das  
 Budgetrecht des Reichstages anzutasten. Man  
 überschätze das seine Unternehmungslust und unter-  
 schätze seine Achtung vor dem Gese.

Abg. Schaeffer (Ztr.) empfiehlt als  
 Referent die Bewilligung der Position, deren  
 Notwendigkeit jetzt mehr als anfanglich nachge-  
 wiesen erscheint. In der Kommission habe im  
 Uebrigen der Minister bereits eine ähnliche Er-  
 klärung abgegeben, wie die eben gehörte.

Abg. v. Massow erklärt, seine Freunde  
 hätten die neuliche Versicherung des Ministers von  
 vornherein nur als scherzhaft gemeint aufgefaßt,  
 und empfiehlt ebenfalls Bewilligung der Position.

Abg. Pacht: Auch wir haben nicht an  
 eine Verletzung des Budgetrechts gedacht, unser  
 Budgetrecht anzutasten. Im Uebrigen halten wir  
 es aber doch für eine milde Ausdrucksweise, wenn  
 man die Wiederbezeugung der Altonaer Komman-  
 dantur als außerordentlich bezeichnet; sie  
 war thatsächlich etatswidrig. Es ist nicht  
 zu leugnen, daß die Position, die Position jetzt  
 zu genehmigen, wir bitten daher um deren  
 Erledigung.

Abg. v. Kardorff weist demgegenüber  
 darauf hin, daß die Kommission ihren jetzigen  
 Beschluß mit sehr großer Mehrheit gefaßt habe.

Abg. Richter: Neue Gründe, welche für  
 die Position sprechen, sind nicht beigebracht wor-  
 den, sondern nur dieselben, die man uns schon  
 früher mitgeteilt hat. Zweifelslos handelt es sich  
 bei der Wiederbezeugung der Altonaer Komman-  
 dantur um eine Etatswidrigkeit. Au mala fides  
 glauben wir ja nicht, aber es liegt doch etwas  
 leichtes Auffassung unsere Etatsrechts vor. Was  
 will beispielsweise die Verwaltung thun, wenn  
 der Reichstag hinterher diese Etatswidrigkeit nicht  
 gutheißt? Die Gründe für die Position sind jeden-  
 falls die alten geblieben. Wenn die Kommission  
 jetzt dennoch zu einem anderen Beschluß gekommen  
 ist, so muß sie wohl den alten Gründen ein  
 anderes Gewicht beigemessen haben, als früher.  
 Deshalb: Was weiß ich nicht, und das wissen die  
 Herren vielleicht selber nicht.

Abg. Lieber: Herr Richter irrt doch wohl,  
 wenn er meint, es seien aus gar keine neuen  
 Gründe angegeben worden. Aber für mich und  
 auch wohl für alle meine politischen Freunde ist  
 Folgendes das allein oder doch im Wesentlichen  
 Ausschlag gebende: Bei unserem ersten Beschluß  
 in der Kommission traten fast ausschließlich die  
 etatsrechtlichen Bedenken in den Vordergrund und  
 deshalb traten die sachlichen Gründe für die Po-  
 sition ganz zurück. Jetzt aber, nach den Erklärun-  
 gen des Ministers und des Schatzsekräters sind  
 unsere etatsrechtlichen Bedenken ganz geschwunden  
 und deshalb legen wir den sachlichen Gründen das  
 ihnen gebührende Gewicht bei. Deshalb glauben  
 wir, die Position bewilligen zu sollen.

Abg. Bebel legt dar, auch dem ersten Be-  
 schluß der Kommission hätten sachliche Bedenken  
 zu Grunde gelegen. Wenn Sie jetzt ihrem ersten  
 Beschluß entgegen die Position gutheißt, so werden  
 Sie ja wissen, warum; aus sachlichen Grün-  
 den aber jedenfalls nicht!

Referent Schaeffer: Die Kommission hat  
 durchaus aus sachlichen Gründen ihren Beschluß  
 durchgesetzt. Wenn Sie andere Gründe wissen, —  
 wir wissen keine.

Die Position „Kommandantur Altona“ wird  
 jetzt gegen beide freisinnige Parteien und Sozial-  
 demokraten genehmigt.

Bei Kapitel „Verpflegung der Truppen“

Abg. v. Bismarck, es seien durch Ab-  
 kommandierung von Mannschaften aus Arbeiter  
 im Interesse von Gutsbesitzern einzelne Truppen-  
 teile geradezu desmilitarisiert und dann der Ersatz  
 durch Einberufung von Reservisten beschafft wor-  
 den. Den Zivilarbeitern erwachse dadurch eine  
 unheimliche Konkurrenz. In Bayern fänden ja  
 auch Beurlaubungen von Soldaten statt zur  
 Erntezeit, aber nur in der Heimat, nicht dagegen  
 um gegen Vorn fremden Weibern zu helfen.

Minister v. Bismarck: Diese Beurlaubun-  
 gen sind ja wohl ein alter Brauch. In  
 Preußen finden sie nur statt, soweit das dien-  
 stliche Interesse es erlaubt. Am Vorjahre sind in  
 Preußen 12 054 Mann zur Erntezeit beurlaubt  
 worden, und zwar an 3333 Landwirthe. Bei  
 den meisten derselben handelt es sich um nur  
 kleine bäuerliche Besitztümer. Was den Lohn an-  
 langt, so mag dieser für die beurlaubten Sol-  
 daten etwas niedriger sein, als bei den Zivil-  
 arbeitern, aber Sie dürfen doch auch nicht ver-  
 gessen, daß die Landwirthe dafür die Reservisten  
 zu tragen haben. Und wenn es in der Ernte  
 regnet, dann haben die Landwirthe von den Sol-  
 daten gar keinen Nutzen. Von Vordrillerei ist  
 also keine Rede; wir sind eben nur bereit, da,  
 wo es noth thut, den Landwirthen zu helfen.  
 Wenn ein Zug einschneidet, in dem Sie sitzen,  
 so sollte ich mal sehen, was Sie sagen würden,  
 wenn ich Ihre Witte um Soldaten zum An-  
 schaulich abnehmen wollte. (Zeit rief.)

Abg. v. v. Martensfeld hält die Abkom-  
 mandierung von Soldaten zu vorerwähnten Zwecken  
 ebenfalls für durchaus richtig. Der Herr Kriegs-  
 minister hat schon richtig vorgelegt, daß die  
 Soldaten bei der Ernte gar nicht billiger zu haben  
 kommen. Und was die Löhne anlangt, helfen Sie  
 uns doch höhere Getreidepreise erlangen, so wer-  
 den wir auch höhere Löhne zahlen können.

Abg. v. v. Bismarck: Ich bemängelt nochmals  
 die niedrigen Löhne, welche den Soldaten von den  
 Gutsbesitzern gezahlt würden.

Minister v. Bismarck: Ich erwirkt, er-  
 folgreich, Unterarm und Geschicklichkeit stelle  
 sich der tägliche Durchschnittslohn auf 2 Mark  
 29 Pf. Das sei doch gewiß keine zu geringe  
 Summe.

Nach weiteren Auseinandersetzungen hierüber,  
 an denen sich noch v. v. Bismarck (Rechtspar-  
 tei) und Herbert (Sozialdemokrat) betheiligten, wird das  
 Kapitel genehmigt.

Zu demselben liegt noch eine von der Kom-  
 mission beantragte Resolution vor: die Regie-  
 rungen zu eruchen, Bestimmungen zu treffen,

daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars  
 die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-  
 Freiwilliger in sich schließt.

Ein Antrag Weiß will diese Resolution noch  
 dahin ergänzen: daß 2. durch die in Aussicht  
 stehende Einführung des Einjährigendienstes der  
 Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschul-  
 amtes denselben die Berechtigung zur Ableistung  
 des Militärdienstes als Einjährig-Freiwilliger nicht  
 entzogen wird.

Abg. Weiß (fr. Bp.): Schon im Vorjahre  
 war man allgemein der Ansicht, daß die Bildung  
 der Volksschullehrer die Einräumung des Rechtes  
 zum einjährig-freiwilligen Dienst an sie gerecht-  
 fertigt erscheinen läßt. Der Herr Kriegsminister  
 hat freilich in der Kommission eingewendet, daß  
 bei den Einjährig-Freiwilligen eine gewisse Sprach-  
 kenntnis erforderlich sei, welche diese Lehrer nicht  
 besäßen. In dem Vorplan der meisten Seminare  
 ist aber doch die Erlernung fremder Sprachen  
 vorgesehen. Auch sonst entsprechen die Kenntnisse  
 der Lehrer zweifellos denen der Gymnasial-Ein-  
 jährigen. Bis 1858 hat es ja auch den Volks-  
 schullehrern freigestanden, die einjährig-freiwillige  
 Dienstzeit zu wählen. Jetzt handelt es sich haupt-  
 sächlich darum, ob die Lehrer alle Rechte der  
 Einjährig-Freiwilligen haben sollen oder ob sie in  
 den Kasernen wohnen müssen und grundsätzlich  
 von der Erlangung des Referendariats ausgeschlossen  
 sein sollen. Die Lehrer sind ganz bereit,  
 höhere Pflichten auf sich zu nehmen, sie wollen  
 dann aber auch dieselben Rechte haben wie die  
 Einjährig-Freiwilligen. Ich bitte Sie, meinen  
 Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Staatssekretär v. Bötticher: Gerade das  
 Wohlwollen, mit dem der Herr Kriegsminister die  
 vorerwähnten Wünsche bezüglich der Volksschullehrer  
 entgegengenommen hat, hätte ihn veranlaßt, im  
 Staatsministerium auf Erwägungen über diese Frage  
 hinzuwirken. Und das Gewicht der Stimmen, welche  
 sich im Staatsministerium bereits positiv dafür  
 ausgesprochen haben, läßt hoffen, daß die Ent-  
 scheidung im Sinne der Wünsche des Vorredners  
 fallen könnte. Die Resolution der Kommission ist  
 allerdings nicht ganz ohne formale Bedenken,  
 denn danach soll gewissermaßen der Reichstag ent-  
 scheiden, ob die Vorbildung der Volksschullehrer  
 gleichwohl mit der Gymnasialvorbildung der  
 Einjährig-Freiwilligen. Der Reichskanzler, der  
 festzuweisen hat, welche Schulen als hierfür quali-  
 fiziert anzusehen seien, hat bisher hierüber stets die  
 Reichsschulkommission befragt. Und es ist doch  
 bedenklich, wenn darüber jetzt der Reichstag ent-  
 scheiden sollte, ohne daß vorher jene wissenschaft-  
 liche Behörde auf Grund vorausgegangener Prü-  
 fungs ihr Urtheil abgegeben hat. Was den Zusatz  
 der Resolution Weiß anlangt, so halte ich diesen  
 für unbedenklich.

Abg. v. Bismarck: Ich schließe mich vollständig den  
 Ausführungen des Abg. Weiß an.

Abg. Lieber: Wenn wir uns heute durch  
 die von dem Herrn Staatssekretär geltend ge-  
 machten formalen Bedenken abhalten ließen, die  
 Resolution der Kommission anzunehmen, so würde  
 das nicht nur bei den betheiligten Vereinen, son-  
 dern auch bei den verbündeten Regierungen den  
 Eindruck machen, als lägen wir die Sache, für  
 die wir schon im Vorjahre eintreten, im Stich.  
 Der Reichskanzler ist ja auch durch unsere  
 Resolution nicht gebunden. Aber wir können  
 nur wünschen und hoffen, daß der Herr Reichs-  
 kanzler auf Grund der Prüfung der wissenschaft-  
 lichen Kommission zu dem Beschlusse kommen,  
 unseren Wünschen zu entsprechen. Ich halte es  
 daher für richtig, daß wir den Antrag unser r  
 Kommission annehmen. In Bezug auf den  
 zweiten Theil der Resolution Weiß — der erste  
 bezieht sich mit dem Antrag r Kommission — ge-  
 he ich dem Herrn Staatssekretär Recht.

Abg. v. Bismarck: Ich spreche sich  
 ebenfalls für den Antrag der Kommission aus,  
 der geteilt sei, die soziale Stellung der Lehrer  
 zu heben. An der Qualifikation der Volksschul-  
 lehrer für den einjährig-freiwilligen Dienst ist  
 nicht zu zweifeln. Ebenso äußert sich Abg. von  
 Kardorff.

Abg. Pacht tritt mit dem Bemerkten,  
 daß der Antrag Weiß inzwischen zurückgezogen  
 sei, für die Resolution der Kommission ein.

Satzsekretär v. Bötticher macht noch-  
 mals seine formalen Bedenken gegen die Resolution  
 geltend, meint aber, wenn der Reichstag gabe,  
 in der Resolution nichts weiter als einen „Wunsch“  
 auszusprechen, so sei ihm das natürlich unbe-  
 kommen.

Abg. v. Lieber bittet abermals um An-  
 nahme der Resolution. Es handle sich hier um  
 einen längst geäußerten dringenden Wunsch des  
 Reichstages, und gerade die Resolution ist ja die  
 dringende Form, in welcher der Reichstag seine  
 Wünsche zum Ausdruck zu bringen vermöge.

Abg. v. v. Bismarck: Ich spreche mich  
 für die Resolution der Kommission.

Abg. Bebel dagegen bekämpft dieselbe, weil  
 es sich hier um ein Privileg handle. Er und  
 seine Freunde hätten nicht Lust, die Zahl der  
 Privilegierten zu vermehren, sie wollten vielmehr  
 gleiches Recht für Alle.

Abg. v. Leipziger tritt namens der Kon-  
 servativen für die Resolution ein und unterstützt  
 gleichzeitig den von v. Kardorff gemachten Vor-  
 schlag, wonach zur Deckung der Kosten für den  
 freiwilligendienst unmittelbarer Lehrer die Unter-  
 richtsverwaltung beitragen solle.

Nach einigen empfehlenden Worten des Abg.  
 Müller-Sagan wird die Resolution ange-  
 nommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Bei dem Kapitel Naturalverpflegung spricht  
 Abg. v. Bismarck (Zentrum) den Wunsch aus,  
 daß die Militärverwaltung beziehentlich die Pro-  
 vinzialverwaltung ihren Bedarf möglichst direkt bei den  
 Produzenten, den Landwirthen, decken möchten,  
 um dem Einwand zu begegnen, daß dabei doch  
 nur Großgrundbesitzer berücksichtigt werden wür-  
 den, sollten die Landwirthe, die kleineren, sich zu  
 Genossenschaften zusammenfassen. Er wüßte sich  
 überhaupt, daß seitens der Landwirtschaft so wenig,  
 von dem Genossenschaftsgesetz Gebrauch gemacht  
 werde.

Generalmajor v. Gemmingen entgegnet,  
 Vorredner habe mit Recht den Getreideeinkauf von  
 Genossenschaften als den zweckmäßigsten empfohlen.  
 Die Militärverwaltung habe auch schon viel-  
 fach diesen Einkaufsweg durch Vermittelung  
 von Vertrauensmännern beschritten. Für den  
 Beamten sei es freilich nicht immer leicht zu  
 unterscheiden, ob er einen Vertrauensmann oder  
 einen Händler vor sich habe. Das freihändige  
 Einkufen von Produzenten sei auch zuweilen er-  
 schwert, das Getreide werde nicht immer rein  
 genug geliefert. So der Kaiser. Und auf eine  
 richtige mittlere, reine Qualität müßte die

Militärverwaltung sehen, dann nach der Qualität  
 richte sich auch die Nation. Uebrigens habe die  
 Verwaltung schon in der Kommission darauf  
 aufmerksam gemacht, daß sie selbst doch nur ein  
 verhältnismäßig bescheidenes Konsument sei. Nach  
 Möglichkeit werde die Regierung jedenfalls den  
 laut gewordenen Wünschen Berücksichtigung zu  
 Theil werden lassen. Auf Befragen des Abg.  
 Schall erklärt Redner noch, die Absicht, noch  
 eine dritte Konferenzabril zu errichten, bestiehe  
 nicht mehr. Schon die bestehenden zwei Konferen-  
 zen könnten nicht das ganze Jahr hindurch im Be-  
 triebe sein, weshalb periodische Arbeiterentlassungen  
 nicht zu vermeiden seien.

Abg. Singer bemerkt noch dem Abge-  
 ordneten Schall, die Arbeiterinteressen wären  
 bei demselben doch in weniger guten Händen,  
 als bei der Sozialdemokratie. Das gelte  
 sich wieder an dem von Schall ge-  
 machten Vorschlag, den Arbeiterinnen der Konfe-  
 renzenabril in Sparbau etwas von ihrem Lohne  
 einzubehalten behufs Abführung an eine Zwangs-  
 sparbank, um den Arbeiterinnen bei der Entlassung  
 etwas Geld in die Hände zu geben.

Nach kurzer Entgegnung des Abg. Schall  
 tritt Verlesung ein.

Präsident v. Lepke: Ich bemerke nunmehr:  
 Ich halte es für angebracht, auf einen Vortrag  
 in der gestrigen Sitzung zurückzukommen. Es  
 sind ja schon häufig in diesem Hause belächelte  
 Äußerungen gefallen gegen Personen-Gemeinschaf-  
 ten, gegen politische Parteien, gegen Sozialdemo-  
 kraten, gegen Antisemiten, Berufssoldaten, Unter-  
 und Pfaffen, Arbeiter. Es war dabei immer  
 Voraussetzung, daß eine Unmenschlichkeit nicht sollte  
 beleidigt werden, im Gegensatz zu einzelnen Per-  
 sonen immer aber auf der Hand dieses Hauses.  
 Ich habe stets bedauert, daß die Gewohnheit derartiger  
 beleidigender Äußerungen so um sich gegriffen hat,  
 und möchte nicht, daß dies noch weiter gehe.  
 Nun hat aber Herr v. v. Bismarck gestern nicht nur über-  
 mäßigen Gebrauch davon gemacht, sondern auch  
 einen Gebrauch, der mit der Würde dieses Hauses  
 nicht mehr vereinbar erscheint. (Laut: Sehr  
 richtig!) Ich erinnere nur an den Ausdruck  
 „Kassabiere“, angewendet auf Personen, welche das  
 geistliche Bürgerrecht genießen. Um Wiederholungen  
 derartiger Vorgänge vorzubeugen, rufe ich Herrn  
 v. v. Bismarck nachträglich zur Ordnung. Ich thue  
 dies, veranlaßt aus eigener Erwägung, und keines-  
 wegs aus Grund einer geschäftswidrigen  
 Bemerkung, welche gestern von einer Seite ge-  
 macht wurde und welche von mir entsprechend  
 zurückgewiesen worden ist. (Beifall rechts.)

Der Präsident beraumt sodann die nächste  
 Sitzung an auf morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

E. L. Berlin, 7. März.  
 Preussischer Landtag.  
 Abgeordnetenshaus.

37. Plenar-Sitzung vom 7. März,  
 11 Uhr.

Die Beratung des Etats der Handels-  
 und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Bei dem Kapitel „gewerbliche Unterrichts-  
 wefen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke“  
 wünscht

Abg. v. Schenckendorff (nl.) eine ern-  
 stliche Forderung für die Lehrer an den gewerblichen  
 Fachschulen; ein Vergleich mit den Verhältnissen  
 in anderen Staaten, so z. B. mit Baden, zeigt  
 uns die großen Lücken, die bei uns noch beste-  
 en. Auch für eine bessere Sachansicht bei diesen  
 Schulen muß gefordert werden. Ein Theil der  
 Freunde des Redners vereinigt sich mit ihm in  
 dem Wunsch, die Regierung möge einen Plan  
 über die Ausgestaltung des Fachschulwesens dem  
 Hause vorlegen.

Die Komm. Geh. Rath v. v. Bismarck: Es wird  
 an der Aussicht und an der Fortentwicklung der  
 Fachschulen nichts veräuert. Im Auftrage der  
 Regierung haben Beamte des Ministeriums  
 Osterreich und die süddeutschen Staaten bereist,  
 um dort Erfahrungen über das Fachschulwesen  
 zu sammeln. Im nächsten Jahre soll auch dem  
 Hause eine Denkschrift über die Entwicklung  
 unseres gewerblichen Fachschulwesens dem Hause  
 zugehen.

Abg. Bachmann (nl.) tritt für eine  
 bessere Besoldung der Lehrer an den Fachschulen  
 und für eine weitere Ausgestaltung der Navi-  
 gationsschulen ein.

Abg. v. Jürgensen (nl.) schließt sich den  
 Wünschen des Vorredners an.

Minister v. Verlesch bemerkt bezüglich  
 der Gehaltsaufbesserung, daß der Finanzminister  
 der Heraushebung einer einzelnen Beamtenklasse  
 widerstrebe.

Abg. v. v. Bismarck: Ich tritt den gestrigen  
 Ausführungen des Abg. v. v. Bismarck entgegen; wir ge-  
 wöhnen uns bedauerlicher Weise daran, daß der  
 Staat helfen soll, während gerade in der Hand-  
 werktfrage Selbsthülfe am Platze ist. Man  
 rühmt die Zunahmen, aber es ist ziffernmäßig  
 festgestellt, daß die Zunahmemeister ihre Verdienste  
 nicht so zum Belaste der Fachschul n anbieten,  
 wie die Nichtzunahmemeister. Der geistliche Hand-  
 werker findet noch heute auch in kleinen Städten  
 Lohn- und Gehalt. Mit dem Wunde der Handwerker  
 läßt es sich ganz ähnlich gehen, wie mit dem Wunde  
 der Landwirthe. Für die Navigationsschulen kommt  
 die Frage der augenblicklichen Gehaltsverhöhung  
 in niger in Betracht, als die Frage der Ausbil-  
 dung unserer jungen Leute für den Seeverkehr und  
 da sollten wir die Entscheidung nicht allein von  
 dem Finanzminister abhängig machen, der übrigens  
 aus der Stempelsteuer viel mehr Ueberschuß her-  
 auserschlägt, als die ganzen Navigationsschulenkosten.  
 Wollen wir die Kosten nicht aufbringen, so wäre  
 es besser, die Navigationsschulen dem Reiche zu  
 übertragen.

Abg. Dr. v. v. Bismarck: Bei den Bau-  
 schulen wäre eine Trennung für untere und  
 mittlere Fachschulen erwünscht. Auch für die  
 Erwerbsfähigkeit der weiblichen Jugend könnte  
 mehr als bisher gethan werden.

Minister v. Verlesch: Der erste Gedanke  
 des Vorredners ist ganz neu und an mich bisher  
 noch von keiner Seite herangeraten. Fachschulen  
 für Frauen und Mädchen sind stets  
 von uns unterstützt worden.

Abg. v. v. Bismarck: Ich bittet den  
 Minister, der Stadt Deutsch-Krone den Kom-  
 munalzuschuß zu erlassen, den diese für die dortige  
 Baugewerkschule zu leisten hat.

Abg. Schindt: Warburg (Ztr.) hat die  
 gleiche Bitte bezüglich Hötters.

Reg.-Kommission Geh. Rath v. v. Bismarck: Es

haben sämtliche Städte, die Baugewerkschulen be-  
 sitzen, auch Zuschüsse für dieselben zu leisten.

Abg. Schaffner (nl.) wünscht Staats-  
 unterstützung für Fortbildungsschulen in Nassau.  
 Regierungskommission v. v. Bismarck verweist auf  
 die ungünstige Finanzlage.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die Errichtung gewerb-  
 licher Fortbildungsschulen für Kasseler; die  
 Klagen derselben, daß sie nicht vorfinden wegen  
 schlechter Zeiten u. s. w., haben hauptsächlich  
 ihren Grund in der unzureichenden Bildung dieser  
 Leute.

Minister v. Verlesch: Prinzipiell steht  
 nichts entgegen, daß derartige Schulen unterstützt  
 werden, doch steht es eben an Mitteln. Die Re-  
 gierung wird die Anregung im Auge behalten.

Abg. v. v. Bismarck: Jederzeit heißt  
 es bei unseren Wünschen, es fehle an Mitteln.  
 In der Thronrede aber war ja gerade auf die  
 höheren Mittel hingewiesen, die für die Fach-  
 schulen angewendet werden sollen.

Minister v. Verlesch: Im Ganzen sind  
 diese Mittel auch erhöht. Aber für spezielle Arten  
 von Schulen reichen sie noch nicht aus.

Abg. v. v. Bismarck: Ich hält unter den  
 obwaltenden Umständen den erwünschten Passus der  
 Thronrede für überflüssig.

Minister v. Verlesch protestirt gegen  
 eine solche Bezeichnung des Inhalts der  
 Thronrede.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Förderung  
 der Fachschulen, namentlich in Krefeld und Mühl-  
 heim; die gefällige Versicherung des Ministers vom  
 „involenten Handwerker“ wird im deutschen  
 Handwerk ein Echo finden, aber kein freundliches.  
 (Sehr richtig!)

Minister v. Verlesch: Ich habe gestern  
 diejenige Handwerker als involent bezeichnet, die  
 in dem Bestreben nach Erreichung besserer Kredit-  
 verhältnisse sich nicht organisiren, denn das Gesetz  
 giebt genügende Formen für eine solche Organisa-  
 tion. Wenn freilich das Handwerk in dem Maße  
 zur Regierung spricht, wie gestern der Abg. v. v. Bismarck,  
 dann ist das ein gefährlicher Fehler in einem  
 Vornament, wo die Regierung dem Handwerk weit  
 entgegenkommt. (Sehr richtig!)

Der Rest des ordentlichen Etats und des  
 Extra-Ordinariums werden ohne weitere Debatte  
 bewilligt.

Es folgt der Etat der Bau-Verwaltung.  
 Bei dem Einnahme-Kapitel „Brücken, Fähr-  
 und Hafen-Gelder“ wünscht

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Förderung  
 der Kanal- und Schiffahrtsgesellschaften zu beschleunigen.  
 Es würde aber ein Schritt in das Reich der  
 Landwirthschaft sein, wenn man etwa auch an  
 den Hauptströmen Zölle oder Abgaben von dem  
 Schiffsverkehr erheben wollte. Gamps Aus-  
 führungen zu Gunsten solcher Abgaben darf man  
 nicht zu tragisch nehmen, denn er versteht von  
 den Dingen nichts und wir wissen auch, daß er  
 nicht immer die Meinungen des Ministeriums  
 vertritt.

Abg. v. v. Bismarck: Kanäle sind  
 kostspielige Unternehmen; viele verfallen an  
 Unterhaltungskosten das Dreifache von dem, was  
 sie einbringen. Auf den Strömen Abgaben zu er-  
 heben, geht augenblicklich nicht an, doch muß  
 darauf Bedacht genommen werden, daß dies in  
 Zukunft bei Anlage neuer Wasserstraßen sehr  
 kritisch zu Werke gehen müssen, die bisher fast  
 nur der Subsidie zu Gute kamen. (Sehr  
 richtig!) Gotheins Angriffe gegen den abwesen-  
 den Abg. Gamps beweisen nur, daß er von Gamps  
 Rede nichts verstanden hat.

Abg. v. v. Bismarck: Ich befürworte seinen  
 Antrag, wonach eine Petition von Fuhrwerks-  
 besitzern aus Koblenz und Ehrenbreitstein, welche  
 eine Ermäßigung des Koblenzer Brückenzolles für  
 Fuhrwerke wünschen, der Regierung zur Berück-  
 sichtigung überwiehen werden soll.

Die Budgetkommission beantragt, die Petition  
 durch Tagesordnung zu erledigen.

Vom Regierungsrath wird der Kommissions-  
 antrag, von dem Abg. v. v. Bismarck (Ztr.) der Antrag  
 auf Berücksichtigung befürwortet.

Der Antrag der Budgetkommission wird an-  
 genommen.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Minister v. Verlesch: Bei Befestigung dieser  
 Gefahr sind verschiedene Projekte aufgebracht, die  
 jedoch sämtlich als bedenklich erschienen. Die An-  
 gelegenheit wird von der Regierung aufmerksam  
 verfolgt.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Abg. v. v. Bismarck: Ich lenke die Aufmerk-  
 samkeit des Ministers auf die der Stadt Posen  
 drohende Ueberschwemmungsgefahr.

Angabe des Grundbes eingebraucht worden, so ist  
 dasselbe als unzulässig zu verwerfen. Ebenso kann  
 das Gericht durch einstimmigen Beschluß das  
 Gesuch abweisen, wenn die offenbare Absicht vor-  
 liegt, das Verfahren zu verdrängen.

Die Budgetkommission des Reichstages be-  
 rathet heute nach Erledigung des Etats des Aus-  
 wärtigen Amtes die Beratung des Kolonial-  
 Referent Prinz v. v. Bismarck spricht seine Befriedigung  
 darüber aus, daß das Auswärtige Amt im Falle  
 der höheren Einfluss angreifen habe. Im  
 Weiteren bemängelt er, daß die Regierung für  
 die Kolonialtruppe regelmäßig den Offiziervereinen  
 übertragen werde. Vom Regierungssitz wurde  
 erwidert, daß dieser Verein niemals und in



auf seiner Behörde die Verhältnisse sich nicht geändert hätten. Alle Beamten in Braunschweig seien gute Braunschweiger, die niemals Preußen werden würden. Diese Ausführungen, die mit Hochrufen auf den Herzog von Cumberland schlossen, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es wurde darauf beschlossen, durch Verbreitung eines Flugblattes Propaganda zu machen.

**Braunschweig, 7. März.** In einer großen sozialdemokratischen Volksversammlung wurde der Vergleich zwischen den Bräuereien und der sozialdemokratischen Volkskommission abgelehnt. Gegenüber wurde die Forderung gestellt, daß die noch arbeitenden Bräuereiarbeiter wieder in den Bräuereien selbst, anstatt in anderen Betrieben, eingestellt werden. Dieser Beschluß bedeutet die Fortdauer des Streiklosts.

**Chemnitz, 4. März.** Die sächsischen Behörden haben allen Grund, mit dem Erfolg ihres Vorgehens gegen die sozialdemokratische Agitation zufrieden zu sein. Das hiesige Sozialistenblatt gesteht dies jetzt unumwunden ein, weil sich eben an der Sache nichts mehr verbergen läßt, und flagt in einem „offenen Wort an die Parteigenossen“ unserer Gegend, daß eine völlige „Etagation“ platzgegriffen habe, seitdem die sozialistischen Turn- und Gesangsvereine aufgelöst worden sind. „Es ist thätlich, als wenn der Wind in die Segel gefahren wäre“ heißt es wörtlich. So lange die Regierung der sozialdemokratischen Bewegung und Vereinsbildung unthätig zuseh, erschien es weiteren Kreisen unerschwinglich, daran theilzunehmen, halb und halb zum Zeitvertreib, halb und halb wegen einer gewissen Rücksicht, die man den Machern schuldig zu sein glaubte. Seit die Regierung entschieden Stellung genommen hat, bekommt für alle diese Leute die Sache ein anderes Gesicht und hat aufgehört, für unerschwinglich zu gelten. Erstenfalls, daß neben den beherrschenden Einflüssen, die sich gegen das sozialistische Treiben richten, auch das Beharren der königlichen und der Gemeindebehörden zu Tage tritt, auf ein gutes Einvernehmen der verschiedenen Bevölkerungselemente untereinander hinzuwirken. In den Orten unserer Umgebung, wie in den Städten Riesa und Burg, hat man Volksunterhaltungsabende ins Leben gerufen, an denen die Leute aus den höheren Ständen und die Beamten zahlreich theilnehmen. Es werden der Versammlung dort nicht nur für ein billiges Geld kleine Geschenke verabreicht, sondern auch unentgeltlich wissenschaftliche und künstlerische Genüsse geboten. Dort hat jeder, der nicht durch falsche Begriffe von der Vornehmheit irregeleitet ist, die beste Gelegenheit, zur Wiedererlangung der untersten Volksstufen aus Liebe zum Vaterlande mitzuwirken. In den großen Städten sind es Vereine mangelhafter Art, in denen sich eine gegenseitige Annäherung der Leute aus den verschiedenen Bevölkerungselementen in geeigneter Weise wird erreichen lassen.

### Schweiz.

**Bern, 7. März.** Die Generalversammlung der Zürcher Section des Friedensvereins hat beschlossen, der schweizerischen Delegiertenversammlung am nächsten Sonntag in Bern eine Eingabe an den Bundesrath zu überreichen, betreffend die Wiederaufnahme der Bülleser Konferenzen von 1874, eventuell die Ausdehnung des Artikel 12 der Konvention auf die europäischen Staaten. Ein weitergehender Antrag wollte eine Mission vom Bundesrath verlangen, dahin gehend, den internationalen Kongress für Herbeiführung einer allmählichen Abrüstung einzuberufen.

### Frankreich.

**Paris, 7. März.** Der Herzog Jules von Noailles ist gestorben.

**Paris, 7. März.** Einzelne Blätter meinen, der Entschluß des Präsidenten Félix Faure, seinem konstitutionellen Rechte gemäß in dem Oberkriegsrath den Vorsitz zu führen, sei theilweise durch die vorerwähnte Rede des Deputierten Graien Trevenne, welcher den Mangel an Einheitlichkeit im Oberkommando beklagte, angeregt worden. Félix Faure wollte verhindern, daß ohne sein Wissen Beschlüsse gefaßt würden, wie unter Gambetta, Perrier, welcher von dem früheren Kriegsminister Mercier weder über die Angelegenheit Dreyfus noch über die Heimsendung eines Theils der Truppe verhandelt worden sei. Der Entschluß Faure's hätte übrigens in militärischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen.

### Großbritannien und Irland.

**London, 7. März.** Die Admiralität veröffentlicht die Begründung zum Budgetvorschlag für die Flotte für 1895-96. Die Ausgaben werden auf 18.701.000 Pfund Sterling veranschlagt, d. i. 1.334.900 Pfund Sterling mehr als 1894-95. Es wird beantragt, den Bau von 4 Kreuzern erster Klasse, 4 Kreuzern zweiter Klasse, 2 Kreuzern dritter Klasse und 20 Torpedoboot-Zerstörern zu beginnen. Ferner soll die Rolle von Gibraltar um 3200 Fuß verlängert, der Hafen von Dover zu einem geschützten Hafen völlig ausgebaut, in Portsmouth sollen neue Marine-Kasernen errichtet und der Kohlenvorrath auf Malta vergrößert werden. Die Kosten dieser und anderer bereits in Angriff genommener Arbeiten sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden.

### Afrika.

**Port Said, 7. März.** Der belgische Dampfer „Friesland“ ist wieder flott geworden.

**New York, 7. März.** Ein Telegramm der „World“ aus Kingston (Jamaica) meldet: In den nördlichen Provinzen der Republik Haiti ist ein Aufstand ausgebrochen. Der Präsident Dipp-

schänkte Prägung von Gold und Silber zu amerikanischen Münzen nach vollkommen gleichen Bedingungen.

**London, 7. März.** Die Besserung in dem Befinden Lord Roseberys schreitet langsam vor.

### Russland.

**Petersburg, 7. März.** Der Großfürst Thronfolger hat sich gestern in einem auf der Nacht „Kollarna Sveden“ eingeschifft und ist nach Moskau abgereist. — Der frühere Minister Wschnezarsky ist schwer erkrankt; er erlitt einen Schlaganfall, der ihn der Sprache und des Gebrauchs der Beine beraubte.

### Türkei.

**Konstantinopel, 7. März.** Die Leiche Ismail Paschas wurde gestern Nachmittag nach Kairo eingeschifft. Die Söhne des Verstorbenen und ein Vertreter des Sultans geben der Leiche das Geleit.

### Asien.

Der König von Korea hat seinem Lande eine neue Verfassung gegeben und dieselbe an den Gräbern seiner Vorfahren beschworen, wie dies vor dreißig Jahren der Mikado gethan, als er Japan durch ein neues Staatsgesetz den Weg zu einer Kulturmission wies. Nach dem in Seoul erschienenen Blatte „Tsching Schimp“ besagt die Verfassung in ihren einzelnen Artikeln Folgendes:

1. Korea ist ein selbstständiger Staat. Keine Anlehnung an andere Mächte. Das Vertrauen zur eigenen Kraft muß der Politik des Reiches sein.
2. Hof und Staat sind von einander völlig zu trennen.
3. Die Geschäfte des Staates führt allein der König mit dem Ministern. Weder die Königin noch sonst irgend ein Verwandter des königlichen Hauses haben Einfluß auf die Regierung.
4. Die Geschäfte der einzelnen Ministerien sind streng umgrenzt.
5. Die Steuern werden nur auf Grund fester Gesetze erhoben.
6. Ueber Einnahmen und Ausgaben hat der Finanzminister die alleinige Verfügung, ebenso aber auch die alleinige Verantwortung.
7. Die Kosten der Hofhaltung sollen auf das möglichste beschränkt werden, damit der Hof als ein Muster der Sparsamkeit dem Volke vorleuchte.
8. Der Haushalt für den Staat und den Hof soll vorher genau festgelegt werden.
9. Junge begabte Leute sind in das Ausland zu senden, daß sie dort Kenntnisse erwerben und sie zum Besten ihres Vaterlandes verwerten.
10. Es soll der Grund gelegt werden zu einer tüchtigen Militärorganisation.
11. Leben und Eigentum des Volkes sind durch Gesetz unantastbar zu machen.
12. Nicht die Herkunft, sondern die Vergabung allein soll über Zulassung zum Staatsdienst und über das Advancement in demselben entscheiden.
13. Die Verhältnisse in der königlichen Familie und ihre Stellung zum Staat sollen gesetzlich streng geregelt und die Thronfolge geordnet werden durch Ernennung eines Thronfolgers.

Zur Erklärung des letzten Punktes bemerken wir, daß es nach christlicher und forsanischer Auffassung unethisch ist, einen Kronprinzen neben dem Herrscher zu haben, dem man doch offiziell ein ewiges Leben wünscht. In China verordnet man das Kronprinzen thum außerdem auch in der Erkenntnis, daß unter den Kindern eines Monarchen nicht immer der zuerst geborene Sprößling der talentvollste zu sein braucht. Nur eben auf die Vergabung nimmt das chinesische Thronfolgerrecht Rücksicht.

**Jokohama, 7. März.** Der General Nobuz telegraphierte am 4. d. M. aus Ostjapan: Zwei Divisionen der ersten Armee griffen Mischungang am 10. Uhr des Morgens an diesem Tage an und zogen Nachmittags in die Stadt ein. Ein Theil der Feinde floh sofort nach Jinfan, während der zurückbleibende Theil die Häuser der Stadt besetzte und hartnäckigen Widerstand leistete. Nach erbittertem Kampfe in den Straßen waren die Chinesen gegen 11 Uhr Nachts vollständig geschlagen. Der Feind verlor 1900 Tode, 16 Geschütze und anderes Artilleriematerial, 500 Gefangene wurden gefangen genommen und eine Anzahl von Fahnen erbeutet. Unser Verlust betrug 206 Tode und Verwundete.

**Shanghai, 7. März.** Wie die Blätter melden, griffen die dritte und fünfte japanische Division am 4. d. Mts. früh die Eingeborenenstadt von Mischungang von Norden her an. Zahlreiche Chinesen flohen in der Richtung auf den Vertragshafen Jinfan. Die Chinesen hielten die Häuser und Straßen von Mischungang besetzt und wurden nach hartnäckigem Widerstand nach und nach daraus vertrieben. Um 11 Uhr Abends waren die Chinesen vollständig überwältigt. Die Chinesen verloren 1880 Tode und Verwundete, 600 Gefangene, 18 Geschütze und eine Menge Munition. Die Verluste der Japaner belaufen sich auf 200 Tode und Verwundete.

### Amerika.

**Port Said, 7. März.** Der belgische Dampfer „Friesland“ ist wieder flott geworden.

**New York, 7. März.** Ein Telegramm der „World“ aus Kingston (Jamaica) meldet: In den nördlichen Provinzen der Republik Haiti ist ein Aufstand ausgebrochen. Der Präsident Dipp-

lyte hat in Erwartung eines Angriffes auf Port-au-Prince Kriegsschiffe improvisirt, indem er die Kanonen von seinem Palast auf Flußdampfer verbrachte. Der mexikanische Gesandte hat seine Regierung um Entsendung eines Kriegsschiffes nach Port-au-Prince ersucht.

## 21. Provinzial-Landtag von Pommern.

### III.

**Stettin, 8. März.** Die gestrige (3.) Plenar-Sitzung wurde von Herrn v. Köller-Cantrefc Mittags 1 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. — Von den Verhandlungsgegenständen heben wir zunächst einen Beschluch wegen einer Glückwunsch-Adresse an den Fürsten Bismarck zu dessen 80. Geburtstag hervor. Herr Oberbürgermeister Hafen als Referent hält es nicht für nöthig, dieselbe näher zu begründen, da es sei kein Zweifel, daß im Hinblick auf die hohen Verdienste des Fürsten ein Jeder dieser Adresse mit Freuden zustimmen werde. Der Vorlesung des Referenten gemäß wird die folgende Resolution eines Telegramms in folgender Fassung beschlossen: „Der 21. Provinzial-Landtag von Pommern, der Heimath- und Provinzial-Gen. Durchlaucht, überreicht in dankbarer und freudiger Theilnahme zur Feier des 80. Geburtstages seine aufrichtigsten Glückwünsche.“

Ein Gesuch der Bevollmächtigten der Drange- und Kichenitz-Regulirungs-Gesellschaft um Anleihe Drangburg um Gewährung einer Beihilfe wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Einen von 24 Mitgliedern des Landtages gestellten Antrag betreffend die Verwendung der Zinserträge des Meliorationsfonds beantragt die Kommission abzulehnen, dagegen zu beschließen, die Reglementsbedingungen vom 24. April 1880 dem Ausschuss zur Revision zu überweisen mit dem Ersuchen, dem nächsten Landtage eine Vorlage darüber zu machen, in welcher die §§ 2, 6 und 8 so geändert werden sollen, daß die Sicherheitsbedingungen für Meliorationsdarlehen erleichtert werden.

Herr v. Jabow-Mit-Mahrow beantragt nicht nur Darlehen, sondern auch unrentable Beihilfen in Betracht zu ziehen.

Nachdem die Herren Landesdirektor Hoppner, Oberbürgermeister Hafen-Stettin, Graf von Flemm in a. B. und Rittergutsbesitzer Kolbe-Bleis für den Antrag der Kommission eingetreten, wird derselbe angenommen, der Antrag Jabow dagegen abgelehnt. Im Laufe der Debatte war von verschiedenen Rednern der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Herabgabe einer unrentablen und nicht zurückzahlbaren Beihilfe als „Geschenk“ zu betrachten sei, und machte mit Bezug hierauf Herr Oberbürgermeister Bismarck-Obendorf die Bemerkung, daß dann auch die im vorigen Jahre vom Landtag für die Verteilung der Fahrstraße Stettin-Swinemünde bewilligten 400.000 Mark als „Geschenk“ an die Stadt Stettin zu betrachten seien.

Herr Oberbürgermeister Hafen-Stettin wies jedoch diese irrige Auffassung auf das entschiedenste zurück, von einem Geschenk könne dabei keine Rede sein, man dürfe nicht vergessen, daß die Stadt Stettin schon über 2 Millionen für den Bau der Fahrstraße ausgegeben habe und daß daher die bewilligten 400.000 Mark nur einen kleinen Theil der Zinsen ausmachen. Es sei jedenfalls sehr vorzuziehen, bei dieser Sachlage von einem Geschenk an die Stadt Stettin zu sprechen.

Am Stille des verstorbenen Rittersmeisters A. D. v. Bismarck-Kniephof wird Herr Rittergutsbesitzer v. Corwint-Krummin zum Vizepräsidenten des Provinzial-Ausschusses bis Ende 1899 gewählt; da Herr Corwint-Krummin stellvertretendes Ausschussmitglied war, wird für dieses Amt an seiner Stelle Herr Landrath A. D. v. d. Nien-Wigmitz gewählt.

Von dem Vorstand des Zentralvereins Preussischer Berufsvereinsvereine in Stettin ist ein Gesuch eingegangen, die Festsetzung der Schenkung für den Fischereibezirk im Regierungsbezirk Stettin auf den Monat Mai und die Fisch- und Fisch-Schenkungen durch Berufsvereins-Kommissionen an Ort und Stelle. Der Landtag geht über das Geschäft zu Tagesordnung über.

Sobald werden eine Reihe von Berichten über Rechnungsprüfungen entgegengenommen und Untersuchungsberichte erledigt.

Die vorgeschlagenen Änderungen des Reglements der Pommerischen Feuer-Sozietät vom 1. Januar 1885 werden genehmigt.

Die wichtigste Aenderung betrifft folgende Bestimmungen, welche als § 25a neu aufgenommen ist: „Wer eine Brandentzündung von mindestens 500 Mark erhalten hat, ist verpflichtet, noch ferner 5 volle Jahre bei der Sozietät versichert zu bleiben. Eine vor dem Brande eingetragene Kündigung wird kraftlos. Hierüber ist der Versicherte bei Aufnahme der Kündigung zu verständigen. Der Termin, von dem ab die neuen Vorschriften in Kraft treten sollen, wird auf den 1. Januar 1896 festgesetzt.“

Eine Anzahl in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten eingegangene Beschwerden werden als unbegründet zurückgewiesen.

Zu Mittheilungen der Kommission für die Angelegenheiten der Rentenbank der Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein werden für die

Jahre 1895-97 die Herren Sanitätsrath Dr. Scharlau-Stettin, Kaufmann Greffrath-Stettin und die Herren Oberbürgermeister Hafen-Stettin und Amtsvorsteher A. D. Wolff-Bredow zu deren Stellvertretern ernannt.

Um 4 Uhr wird die Sitzung bis Freitag Vormittag 10 Uhr vertagt.

### Stettiner Nachrichten.

\* **Stettin, 8. März.** In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts stand zur Verhandlung eine Anklage gegen den Buchhalter Paul Kasse von hier wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit. Der Angeklagte wurde nur der thätlichen Verübung schuldig befunden und zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt.

\* Gestern Abend gegen 9 Uhr traf der Eisbrecher „Berlin“ mit dem Dampfer „Swinemünde“ von Swinemünde hier ein. Der „Swinemünde“ hatte sich im Hafen an den starken Eisschollen teilschraube geschlagen und der Eisbrecher mußte ihn daher in Schlepptau nehmen, was die Fahrt erheblich erschwerte.

— Wird ein Schiff oder dessen Ladung ganz oder theilweise von einem anderen Schiffe geborgen oder gerettet, so wird nach Art. 751 des Handelsgesetzbuchs der Verger oder Hülfslohn zwischen dem Rheber, dem Schiffer und den übrigen Besatzungsmitgliedern des Schiffs, sofern nicht durch Vertrag unter ihnen ein Anderes bestimmt ist, in der Art vertheilt, daß der Rheber die Hälfte, der Schiffer ein Viertel und die übrige Besatzung zusammen gleichfalls ein Viertel erhalten. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, 1. Zivilsenat, durch Urtheil vom 12. December 1894 ausgesprochen, daß dieselbe auch bei Vercompensern, d. h. Dampfern, die gewerbmäßig zum Zwecke der Bergung bestimmt sind, und auch bei einer Hülfsleistung in Seenoth, wobei für die Bergung des bergenden Schiffes keine besondere Gefahr eingetreten war, regelmäßig Anwendung findet.

— Kaufen ein Vater seine Kinder in eine Ausfuhrversicherung ein durch die Entziehung eines einmaligen Betrages (an Stelle der jährlichen Prämienzahlung), mit der Wahrscheinlichkeit, daß im Falle des Todes der Kinder höchstens der eingezahlte Betrag zinslos zurückgezahlt werde, so scheitert nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, 4. Senat, 2. Kammer, vom 19. Juni 1894, für die Veranlagung des Vaters zur Staats-Einkommensteuer dieser entrichtete Betrag vollständig an dem Kapitalvermögen desselben; es können Zinsen davon nicht berechnet und zum Kapitaleinkommen hinzugefügt werden.

### Kunst und Literatur.

Die Vereinigung der Kunstfreunde für amtliche Publikationen der königl. National-Galerie (Berlin W., Marienstraße 57) wird im April d. J. den Zirkus aus dem Leben Karls des Großen, acht Freskogemälde im Kreuzzugsstille zu Aachen von Alfred Rethel, in farbigen Nachbildungen (Bildgröße 67x82 Zent., Kartongröße 96x113 Zent.) veröffentlicht. Das Werk kann in vier Lieferungen à 2 Blatt (Vgl. 1 bis 3 je 60 Mark, die 4. Vgl. 40 Mark) oder als Ganzes zum Preise von 200 Mark bezogen werden. Ein ausführlicher Text von Prof. v. D. von Dornow wird jedem Exemplare beigelegt werden. Näheres ist aus dem Prospekt ersichtlich, der von der Vereinigung der Kunstfreunde zu beziehen ist.

### Vermischte Nachrichten.

— Ein schreckliches Unheil hat, wie man aus Königsberg i. Pr. meldet, der Berliner Nacht-Kourierzug durch eine halbthörichte Verstopfung erfahren. Der Zugführer benutzte sich bei Koblenz aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug und fuhr mit dem Kopf gegen den v. a. fassenden. Sein Kopf wurde zertrümmert. Der Tod trat augenblicklich ein.

**Satzweber, 7. März.** Heute Nacht ist das Rathhaus gänzlich niedergebrannt. Archiv, Sparkasse, Kammereffasse und der größte Theil der Magistrats- und Polizei-Registrierung, sowie die Stempel- und Steuer-Registrierung wurden zerstört. Die Ursache ist wahrscheinlich ein Schornsteinbrand. Menschen sind nicht verunglückt.

**Glensburg, 7. März.** Beide Lokomotiven des letzten Abzuges von Glensburg nach Kiel sind bei Maasbühl in Folge von Schneeeinwirkung entgleist. Eine Maschine ist völlig zertrümmert, der Lokomotivführer und der Heizer derselben sind erheblich verletzt.

### Börsen-Berichte.

**Posen, 7. März.** Spiritus loco ohne Faß 50r 49,70, do. loco ohne Faß 70r 30,20. — Watt.

**Magdeburg, 7. März.** Zuckerbericht. Kornzucker exkl., von 92 Prozent —, neue 9,85 bis 10,05, Kornzucker exkl. 88 Prozent Nembent 9,20-9,45, neue 9,35-9,50. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Nembent 6,45-7,10. Rubia, stetig. Brodrasfina 1. —, Brodrasfina 1. —, Gen. Raffinade mit Faß 21,25 bis 21,75. Gemischte Melis I. mit Faß

20,75 bis —, Fett. Roggen L. Produkt Transito f. a. S. Hamburg per März 9,20 G, 9,30 B, per April 9,20 bis 9,30 B, per Mai 9,32 1/2 G, 9,35 B, per Juli 9,52 1/2 G, 9,55 B. — Anleihe.

**Köln, 7. März.** Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen alter hiesiger loco —, do. neuer hiesiger 12,00, fremder loco 14,00. Roggen hiesiger loco 11,00, do. fremder 13,00. Hafer neuer hiesiger loco 11,50, do. fremder 13,50. Rüböl loco 48,00, per Mai 46,30, per Oktober 46,10.

**Hamburg, 7. März.** Vorm. 11 Uhr. Kaffee (Vormittagsbericht.) Good average Santos per März 77,25, per Mai 76,25, per September 75,75, per Dezember 75,25. — Hauptk.

**Hamburg, 7. März.** Vorm. 11 Uhr. Zuckermarkt. (Vormittagsbericht.) Rübenzucker L. Produkt Basis 88 pSt. Neuenmünster neue 12,25 frei an Bord Hamburg per März 9,24 1/2, per Mai 9,32 1/2, per August 9,62 1/2, per Oktober 9,72 1/2. — Stetig.

**Wien, 7. März.** Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 6,90 G, 6,92 B, per Mai-Juni 7,00 G, 7,03 B. Roggen per Frühjahr 5,83 G, 5,90 B, per Mai-Juni 6,01 G, 6,03 B. Mais per Frühjahr 6,40 G, 6,42 B, per Mai-Juni 6,39 G, 6,41 B.

**Wien, 7. März.** Vorm. 11 Uhr. Futtermittel. Weizen loco fest, per Frühjahr 6,76 G, 6,77 B, per Herbst 7,13 G, 7,14 B. Roggen per Frühjahr 5,52 G, 5,54 B. Hafer per Frühjahr 6,23 G, 6,25 B. Mais per Mai-Juni 6,26 G, 6,28 B. Rohrtrape per August-September 10,80 G, 10,00 B. — Wetter: Milde.

**Wien, 7. März.** Vorm. 11 Uhr. 5 Minuten. Röhren. Mixed numbers warrants 41 Sch. 8 d. Stetig.

### Telegraphische Depeschen.

**Köln, 7. März.** Die „Köln. Ztg.“ bemerkt die Meldungen von der Demission des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff. Derselbe habe wohl bezüglich der Reform der Militär-Strainprozedur eine Gegnerschaft in höheren Stellen, speziell beim Chef des Militärkabinetts, aber der Kaiser sei für eine recht baldige umfassende Reform.

**Berlin, 7. März.** Die „Meklenburgische Anzeiger“ hat plötzlich Konkurs angemeldet. Hunderte wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, zahlreiche Existenzen sind vernichtet worden. Hier herrscht große Aufregung. Die gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet. Bereits haben zwei hiesige Firmen ebenfalls Konkurs anmelden müssen.

**Wien, 7. März.** Der heute Vormittag unter Vorsitz des Kaisers stattgefundene Ministerrat hat auf die Börse, trotzdem man über die Motive nichts in Erfahrung bringen konnte, einen höchst ungünstigen Einfluss ausgeübt. Seitens der Großspeculation und der ersten Schrankenfirmen wurden größere Abgaben auf der ganzen Linie vorgenommen.

**Münch, 7. März.** Der Personenzug der bayerischen Grenzbahn wurde gestern Nachmittag bei Bladowitz vollständig im Schnee vergraben. Die Passagiere konnten nur unter großen Anstrengungen aus den Waggons gerettet und mittels Schlitten nach bayerischer Neustadt gebracht werden.

**Paris, 7. März.** „Eclair“ meldet, die deutsche Regierung habe die Einladung zur Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 angenommen. Die offizielle Annahme ist zwar noch nicht erfolgt, aber der deutsche Botschafter Graf Münster habe bereits dem französischen Minister des Aeußern eine diesbezügliche Mittheilung gemacht.

Das „Kolonialblatt“ theilt mit, die französische Regierung beabsichtige, ihre afrikanischen Kolonien außer Alger und Tunis unter eine Generalverwaltung zu stellen.

**Rom, 7. März.** Große Erregung hat die Nachricht hervorgerufen, daß der Volsinischer des italienischen Konsulats in Tripolis seit mehreren Tagen auf bis jetzt unaufgeklärte Weise verschwunden ist.

**Belgrad, 7. März.** Der Pariser Gesandte Garaschian begiebt sich demnächst im Auftrag der Eltern des Königs zur Kaiserin von Oesterreich, um die offizielle Werbung des Königs Alexander um die Hand der Prinzessin Sibille zu überbringen.

### Weiterzulesen.

für Freitag, den 8. März.

Zeitweise nebeliges, vorwiegend heiteres, trockenes Wetter mit schwachen südlichen Winden und langsam zunehmender Erwärmung.

### Wasserstand.

Am 6. März. Elbe bei Auisig — 0,25 Meter. Elbe bei Dresden — 1,50 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 2,08 Meter. — Elbe bei Straßburg + 1,25 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 4,72 Meter. Unterpegel — 0,45 Meter. Oder bei Frankfurt + 1,22 Meter. — Oder bei Ratibor + 4,42 Meter. — Weichsel bei Brahmstund + 1,48 Meter. — Warthe bei Posen + 0,84 Meter. — Am 7. März. Nebe bei Wsch + 1,28 Meter.

Berlin, den 7. März 1895.		Freunde Fonds.		Bergwerk- und Hüttengeſellſchaften.		Eiſenbahn-Stamm-Aktien.		Bank-Papiere.	
Deuſche Fonds, Wandel- und Rentenbriefe.		Argent. Ant. 5% 54,00		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papiere.	
Rheinl. Ant. 4% 105,75		Aut. St.-A. 5% 109,10		Berg. W. 5% 117,00		Eiſenb.-St.-A. 4% 55,75		Bank-Papi	







